



Wider den Autoritarismus!



Foto: Philip Eichler

Inhalt

Hintergrund

- Kleine Anfrage der Union – 2 –
- Kippunkte des Autoritarismus – 3 –
- Clean Industrial Deal der EU – 4 –
- Aufrüstung und Schuldenbremse – 5 –
- Zollkrieg oder Freihandel? – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- »Tax the Rich« Petition – 9 –
- Attac auf der IAA 2025 – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- »Tax the Rich« Materialien – 11 –

Täglich sind wir mit neuen Horrormeldungen konfrontiert. Weltweit feiert der Autoritarismus Triumphe. Was wir in den USA erleben, wirkt außen- und wirtschaftspolitisch wie willkürliche Straßenräuberei. Dahinter zeigt sich aber deutlich der Faschismus des 21. Jahrhunderts, mit Trump als Rammbock für die Abschaffung des demokratischen Staatswesens. Erdacht von reaktionären Think-Tanks und gepusht von Tech-Milliardären, hat in den USA ein Kulturkampf begonnen, den wir uns noch vor einem Jahr kaum vorstellen konnten. Bücherverbote, »Bereinigung« von Sprache und Entzug der Mittel für unabhängige Forschung sind nur einige der Maßnahmen zur Eliminierung der liberalen Demokratie. Besonders bedrohlich ist die Verfügungsgewalt der ultraliberalen Tech-Milliardäre über (soziale) Medien – Meta-AI lässt grüßen.

Auch hierzulande steht die Zivilgesellschaft unter Druck, nicht nur durch die Wahlergebnisse der AfD. Es sind nicht mehr nur die Rechtsextremen, die sich der Diffamierung und Einschüch-

terung bedienen. Im Osten hat die CDU bereits bewilligte Fördergelder für Demokratieprojekte gestrichen, teils in Zusammenarbeit mit der AfD. Die Proteste gegen die gemeinsame Abstimmung der Union mit der AfD im Bundestag war für die Union Anlass genug, der Bundesregierung 551 Fragen zur »politischen Neutralität staatlich geförderter Organisationen« zu stellen. Auch wenn die meisten der benannten Organisationen gar keine staatliche Förderung erhalten, ist die Botschaft klar: Verkneift euch Kritik, oder es geht euch an den Kragen (siehe auch Seite 2).

Autoritarismus bedroht nicht nur Einkommensschwache, Minderheiten und politische Gegner*innen, sondern auch die Zukunft des Planeten. Er setzt weiter auf fossile Energien und würgt alle Ansätze von dringend notwendigem Klimaschutz ab. Trump hat den Inflation Reduction Act der Biden-Regierung zur Bekämpfung des Klimawandels sofort zurückgenommen und will die Öl- und Gasproduktion massiv ausweiten.

In der EU weichen die neuen rechten Mehrheiten neben dem Lieferkettengesetz auch die Flottengrenzwerte zugunsten der verbrennerfixierten Autoindustrie auf. Die neue Bundesregierung will das Lieferkettengesetz und das »Heizungsgesetz« gleich ganz abschaffen.

Aktuell wird der Kampf gegen die Klimakatastrophe zudem von den Zollkriegen aus dem Bewusstsein gedrängt. Aber weder »America first« noch reiner Freihandel bringen uns der Überwindung des profitorientierten Wachstumsdogmas näher. Beides verschärft die internationale Konkurrenz bis hin zu militärischen Auseinandersetzungen. Wollen wir als Menschen überleben und gar noch ein gutes Leben führen, brauchen wir einen weltweiten sozial-ökologischen Umbau auf Grundlage von Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Es sieht gerade nicht gut aus – und doch gibt es zahlreiche Zeichen der Hoffnung (siehe auch Seite 3). Weltweit verstärkt sich der Widerstand gegen die autoritäre Umformung der Welt – gemeinsam können wir etwas ändern!

Kleine Anfrage der Union soll NGOs ins Zwielficht rücken

Großangriff auf demokratische Zivilgesellschaft

Nicht nur in den USA, auch hierzulande steht die Zivilgesellschaft unter Druck. Dabei sind es längst nicht mehr nur die Rechtsextremen, die versuchen, sich ihre Gegner*innen durch Diffamierung und Einschüchterung vom Hals zu schaffen. Unter Friedrich Merz springt auch die CDU auf diesen Zug auf: Einen Tag nach der Bundestagswahl stellen CDU und CSU eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« lautet deren Titel. Beim Lesen der 551 Fragen wird schnell klar: Hier geht es nicht um Antworten auf offene Fragen. Die Union bläst zum Großangriff auf die demokratische Zivilgesellschaft. Ganz so, wie es bisher von der AfD bekannt ist.

Vordergründig will die Union in der Anfrage von der Bundesregierung wissen, ob Attac, Correctiv, die Omas gegen Rechts, Greenpeace, das Netzwerk Recherche, Animal Rights Watch und weitere elf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) staatlich finanziert sind und welchen politischen Einfluss sie ausüben. Tatsächlich erweckt sie mithilfe suggestiver Fragen den Eindruck, die genannten Organisationen würden Steuermittel für parteipolitische Kampagnen gegen die Union missbrauchen. Dabei wissen CDU und CSU ganz genau, dass zahlreiche der genannten Organisationen – darunter auch Attac – nicht einmal staatliche Förderung erhalten.

Anlass der Anfrage, das räumen die Verfasser*innen offen ein, sind die Proteste gegen die gemeinsame Abstimmung der Union mit der AfD im Bundestag. Dieses bürgerschaftliche Engagement gegen rechts ist CDU und CSU offensichtlich ein Dorn im Auge. Mit einer von der Springer-Presse gestützten Kampagne versuchen sie, die Kritiker*innen zu diskreditieren.

Union verbreitet rechtsextremes Narrativ vom Deep State

Doch damit nicht genug: In der Anfrage greift die Union auch das rechtsextreme Narrativ des »Deep State« (zu Deutsch »Schattenstaat«) auf und behauptet, die Einmischung der NGOs in die politische Meinungsbildung sei womöglich »ein Verstoß gegen die demokratische Grundordnung«. Diesem Narrativ zufolge gefährden vermeintlich »links-grüne« NGOs die Demokratie, indem sie den Staat unterwandern und



die Politik heimlich lenken. Neben der AfD verbreiten in Deutschland vor allem die Springer-Medien Welt und Bild diese Erzählung. In den USA nutzen Trump, Musk und Co. die »Deep State«-Lüge, um ihren Staatsstreich zu rechtfertigen und davon abzulenken, wie eine Hand voll Milliardäre die Macht an sich reißen. Ähnlich hierzulande: Während die Union das Deep-State-Geraune über unliebsame Kritiker*innen fördert, verliert sie über den massiven politischen Einfluss der eigenen Klientel kein Wort – sei es der Verband der Automobilindustrie (VDA), der Deutsche Bauernverband (BDV) oder ganz allgemein die Lobbymacht großer Wirtschaftsunternehmen.

Begonnen hat es 2014 mit dem »Fall Attac«

Neu ist der Versuch der Union, die demokratische Zivilgesellschaft zu schwächen, indes nicht. Begonnen hat es 2014 mit dem Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac – damals noch unter Wolfgang Schäuble als Bundesfinanzminister. Auch jetzt bleibt die Union auf Kurs: In Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland haben die CDU-Frakturen ähnliche Anfragen wie die Bundes-CDU gestartet. Und auf kommunaler Ebene hat die CDU im Osten bereits erste bewilligte Fördergelder für Demokratieprojekte gestrichen, teils in Zusammenarbeit mit der AfD.

Die Memes stammen vom Instagram-Account von Attac, über den Attac in den Tagen nach der Kleinen Anfrage großen Zuspruch erfahren hat.



Die einschüchternde Botschaft ist klar: Organisationen, die – noch – gemeinnützig sind oder Projektgelder beziehen, sollen den Mund halten und in den nächsten vier Jahren keine Kritik an der Union üben, sonst ergeht es ihnen schlecht. Trump und Orban lassen grüßen.

Zeit für breite Solidarität

Klar ist: Die kommenden Jahre werden auch in Deutschland für viele ungemütlich. Attac weiß spätestens seit dem Entzug seiner Gemeinnützigkeit, wie schwer der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte wird, wenn der Zugang zu den nötigen Mitteln bedroht und erschwert ist. Jetzt ist es an der Zeit zusammenzustehen und die demokratische Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt zu stärken. Dafür setzt sich Attac unter anderem im Bündnis »Zusammen für Demokratie« ein – gemeinsam mit mehr als 40 anderen Organisationen aus allen Teilen der Zivilgesellschaft, von Anti-Rechts-Initiativen über Gewerkschaften und Kirchen bis hin zu Sportverbänden.

Frauke Distelrath ist Geschäftsführerin von Attac.

Attac hat die Antworten auf die Kleine Anfrage von sich aus veröffentlicht:

link.attac.de/anfrage-antworten

Was Hoffnung macht

Kipppunkte des Autoritarismus



Foto: Rasande Tyskar / flickr CC BY 2.0

Seit dem Antritt seiner zweiten Amtszeit fordert Donald Trump in den USA Demokratie und Rechtsstaat heraus. Er und sein Team haben mit atemberaubender Geschwindigkeit begonnen, Behörden zu zerschlagen, Opposition und Wissenschaft einzuschüchtern und Millionen Menschen in Angst und Schrecken zu versetzen. Und das ist nur ein Bruchteil des Übels, das die neue US-Regierung über die US-Amerikaner*innen und die ganze Welt bringt; von Trumps Allmachtsphantasien ist dabei noch gar nicht gesprochen.

Warum bleibt der Widerstand der US-Bürger*innen noch so zaghaft? Wo bleiben massenhafte Proteste, warum sehen wir nicht jedes Wochenende Millionen auf den Straßen Washingtons, New Yorks und aller großen US-amerikanischen Städte? Das fragen sich derzeit viele und die Antworten sind wie wohl immer komplex. Wichtige Puzzleteile sind jedoch sicherlich das große und tagtägliche Erschrecken vieler über die zahlreichen Schreckensnachrichten, die um sich greifende Angst um die eigene berufliche und wirtschaftliche Zukunft sowie mangelnde zivilgesellschaftliche Organisation in einer hochkapitalistischen und weitgehend entsolidarisierten Gesellschaft wie der der USA.

Das alles bietet großen Anlass zur Sorge, und auch wir in Europa schauen in einen Abgrund

von wirtschaftlichem Niedergang, Hochrüstung, zunehmender kriegsähnlicher Gewalt, starken rechtsradikalen Kräften und eskalierender Klimakrise, der eine*n fast alle Hoffnung verlieren lässt.

Doch in einigen Teilen der Welt tut sich derzeit ganz anderes: In der Zeit der Entstehung dieses Rundbriefs lehnen sich an einigen Orten hunderttausende bis Millionen Menschen gegen autoritäre und korrupte Regime auf. »Herşey çok güzel olacak«, »alles wird sehr schön« – das ist die Hoffnung, die Ekrem İmamoğlu den Türk*innen geschenkt hat. Seit der Verhaftung des Istanbul-Bürgermeisters, dem beste Aussichten nachgesagt wurden, Recep Tayyip Erdoğan bei der kommenden Präsidentschaftswahl zu besiegen, gehen überall in der Türkei immer und immer wieder hunderttausende Menschen auf die Straßen. Trotz massiver Polizeigewalt und zahlreichen Verhaftungen kämpfen sie nicht nur in Istanbul, sondern inzwischen auch in Hochburgen von Erdoğan's AKP mit riesigen Demonstrationen für Demokratie und Gerechtigkeit. »Pumpaj! Pumpaj!« skandieren Serb*innen seit Monaten bei inzwischen massenhaften Protesten gegen das autoritäre System unter Präsident Aleksandar Vučić und signalisieren damit, dass sie ihre Energie im Protest gegen die grassierende Korruption nicht verlieren wollen. In Israel reißen die Pro-

teste gegen den Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu nicht ab und selbst in Gaza finden Menschen unter höchster Lebensgefahr und trotz aller unermesslichen Not den Mut, auf die Straßen zu gehen, um gegen den Krieg und die Hamas zu protestieren.

Keine*r kann gegenwärtig sagen, ob all diese Proteste bald grausam niedergeschlagen werden, sich einfach selbst erschöpfen und totlaufen – oder ob sie zum Erfolg führen und eine Wende bringen. Was sich jedoch in jedem Fall zeigt, ist, dass Menschen selbst unter widrigsten Bedingungen Hoffnung schöpfen und an vielen Orten jede Menge Ausdauer beweisen. Menschen in der Türkei demonstrieren seit vielen Wochen, Serb*innen protestieren seit mehreren Monaten und in Israel gibt es seit Jahren immer wieder Großdemonstrationen gegen Netanjahus Regierungskoalition.

Worauf all diese Menschen bauen, ist ein großer Zusammenhalt, der in den Protesten entsteht. Die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft erweist sich als ein Machtfaktor, der autoritäre Präsidenten zunehmend um ihre Herrschaft fürchten lässt. Bislang fühlten sie sich durch die Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat über lange Zeit sehr sicher in ihrem Sattel.

Der Autoritarismus, das zeigen die Proteste, kann nicht einfach durchmarschieren. Das ist der Grund, weshalb autoritäre Politiker*innen bis heute immer wieder versuchen, zivilgesellschaftliche Organisationen einzuschüchtern, ihnen ihre Mittel zu nehmen oder sie sogar ganz zu verbieten (siehe Seite 2). An Orten, wo Menschen zusammenkommen, in Kirchen, in Vereinen, in NGOs oder auf den Straßen, können Kipppunkte entstehen, die das Potenzial haben, selbst das autoritärste System ins Wanken oder sogar zum Einsturz zu bringen.

In einer Gesellschaft, in der sich jede*r dazu genötigt sieht, nur noch für das eigene Fortkommen zu kämpfen, tut sich Protest schwer. Viele Menschen gemeinsam können dagegen das nötige Gewicht in die Waagschale werfen, um das Kippen von fragilen Demokratien zu verhindern oder das Ruder, wo nötig, wieder herumzureißen. Mit Solidarität wider den Autoritarismus!

Judith Amler ist Mitglied im Attac-Koordinierungskreis.

Der Clean Industrial Deal der EU

Ganz schön schmutzig



Foto: Stephanie Handtmann

Seit 2019 gibt es den European Green Deal der EU-Kommission. Der Zweck dieses Maßnahmenplans ist die sogenannte Twin Transition zur Dekarbonisierung und Digitalisierung des EU-Raumes. Zielmarke ist die vollständige CO₂-Neutralität der EU bis 2050.

Es wurden im Lauf der Jahre diverse Verordnungen auf den Weg gebracht, die den Weg zur Klimaneutralität ebnen sollen: das EU-Klimagesetz, das Fit-for-55-Paket, die Taxonomie-Verordnung und natürlich auch ein Green Deal Industrial Plan, um die Industrie als wichtigen Player der Transformation zu adressieren.

Hier zeigte sich schon eine Akzentverschiebung: das wichtigste Gesetz dieses Green Deal Industrial Plan war das zur Rohstoffsicherung. Natürlich sollte der Weg zu einer »grünen Transformation« weitergegangen und das »grüne Wachstum« auch für die Zukunft gesichert werden. Aber im Mittelpunkt dieses Critical Raw Material Act (CRMA) steht die ausreichende Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen. Die EU-Institutionen wollen der europäischen Industrie im globalen Wettlauf um die Rohstoff-Hegemonie einen führenden Platz sichern.

Was ist neu am zusätzlichen Clean Industrial Deal?

Schon der Name ist Programm: es geht jetzt zentral um die europäische Industrie und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die sich schon abzeichnenden Tendenzen werden

fortgeschrieben. Natürlich werden auch weiterhin alle Maßnahmen und Pläne als ‚clean‘ oder ‚green‘ bezeichnet – der Schein soll gewahrt werden. Die ersten Aktionen, die von der EU-Kommission unter dem neuen Deal angekündigt werden, sprechen allerdings eine ganz andere Sprache. Das sogenannte ‚Omnibus‘-Gesetz soll unter dem Deckmantel des Bürokratie-Abbaus wichtige progressive Errungenschaften aus den letzten Jahren zurückdrehen. Im Zentrum steht dabei die EU-Lieferkettenrichtlinie, die erst im letzten Jahr verabschiedet wurde. Sie wird weniger Unternehmen als bisher geplant in die Verantwortung nehmen. Die Sorgfaltspflichten der Unternehmen für ihre Lieferkette sollen nur noch für die unmittelbaren Vorlieferanten gelten – von Lieferkette kann hier also nicht mehr gesprochen werden. Des Weiteren sollen die zivilrechtlichen Klagemöglichkeiten der Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen gestrichen werden (siehe auch link.attac.de/appell-lieferkette).

Die nächste Ankündigung bezüglich einer Clean Industry entlarvt die Terminologie direkt der Lüge: Die Flottengrenzwerte der Automobilindustrie sollen aufgeweicht werden. Es war vor Jahren festgeschrieben worden, dass die Gesamtsumme des CO₂-Ausstoßes aller neu produzierten Fahrzeuge eines Herstellers einen bestimmten Wert nicht überschreiten darf – andernfalls muss der Hersteller Strafzahlungen leisten. Diese Grenzwerte sollen regelmäßig sinken. Doch durch eine falsche Produktstrate-

gie und zu hohe Preise für E-Autos haben die Hersteller viel weniger E-Fahrzeuge produziert und abgesetzt als vorgesehen. Sehr volatile politische Rahmenbedingungen im Feld der E-Antriebswende taten ein Übriges. Als Ergebnis drohten vielen Herstellern zum Jahresende erhebliche Strafzahlungen.

Die EU-Kommission hat nun angekündigt, das Erreichen der diesjährigen Flottengrenzwerte um zwei Jahre zu »strecken«, d.h. sie belässt die Werte gleich, gibt der Autoindustrie aber zwei Jahre mehr Zeit, um diese zu erreichen. Und was passiert, wenn das bis 2027 immer noch nicht geklappt hat? Werden die Strafen dann weiter verschoben? Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit dürfen Autos also insgesamt zwei Jahre länger überhöhte Werte ausstoßen – nichts daran ist »clean«.

Es bestätigt sich also schon mit den ersten Schritten unter dem neuen Deal der Verdacht, dass es sich in Wahrheit um einen Rollback handelt: die nach der EU-Wahl von 2024 deutlich konservativere Mehrheit in der EU-Kommission und im EU-Parlament möchte progressive Bestandteile und Errungenschaften aus der vorigen Legislaturperiode abräumen. Klimakrise, Umweltschutz, CO₂-Neutralität sind nicht mehr en vogue, es herrscht wieder das Primat der Industriegewinne. Die aktuelle Diskussion über eine drastische Erhöhung der Rüstungsproduktion wird diese Tendenz beschleunigen.

Große Teile der Grünen im EU-Parlament haben die EU-Kommission und speziell die Kommissionspräsidentin von der Leyen Ende letzten Jahres erneut gewählt in Erwartung (oder aufgrund eines Versprechens?) der Fortsetzung des Green Deal. Formal wird er auch fortgesetzt – und in der Realität durch den Clean Industrial Deal wohl abgeräumt. Und die Grünen werden für diese Politik nicht mehr gebraucht. Die Konservativen beschaffen sich Mehrheiten mittlerweile mit den Fraktionen der Rechtsradikalen und Faschisten, wie zuletzt bei der Verschiebung der Entwaldungsverordnung – denn auch die Brandmauer ist längst abgeräumt. Druck für eine echte Klimaschutzpolitik bleibt außerparlamentarische Handarbeit – tragen wir ihn weiter auf die Straßen!

Michael Schramm ist aktiv in der Attac-Kampagnengruppe »RohstoffEnergieHunger stoppen!«

Aufhebung der Schuldenbremse

Gegen militärische Logik und soziale Ungleichheit

Niemand wird bezweifeln, dass wir in einer Welt kriegerischer Konflikte leben. An vielen Orten weltweit ist Unsicherheit, Bedrohung und Vernichtung seit Jahrhunderten Realität. Nun auch bei uns in Europa. Und doch macht es im Erleben und den konkreten Schlussfolgerungen der Menschen einen Unterschied, von wo aus sie die Bedrohungssituation betrachten und erleben: von Mitteleuropa, Polen, Finnland, den Baltischen Staaten oder gar von der Ukraine aus. Auch unter Linken wird dort, wo die Bedrohung nahe ist, über Sicherheits- und Verteidigungsfragen anders nachgedacht. Der Wunsch nach Frieden, aber auch nach Sicherheitsgarantien ist Teil ihrer Identität.

Doch auch manche Menschen mit einer linken Identität hinterfragen in Diskussionen zumindest, ob es nicht versäumt wurde, eine »alternative europäische Sicherheitsarchitektur zu konzipieren und aufzubauen, einschließlich entsprechender Sicherheitsgarantien«, wie dies Li Andersson vom finnischen Linksbündnis in einem Interview mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung beschrieb.

Jetzt, wo die Bedrohungslage sich entscheidend verändert hat, stellt sich diese Frage neu und konkret. Wie definieren wir eine alternative Sicherheitspolitik, die immer zuerst vor allem nach antimilitaristischen Wegen sucht, aber auch eine militärische Verteidigung nicht ausschließt? Ist in Europa ein Bündnis oder eine Zusammenarbeit als konkrete Alternative zur NATO vorstellbar, die eindeutig auf Verteidigung ausgerichtet ist?

Dazu wird es hier Einwände geben, und sicher gibt es hierzu auch keinen Konsens in Attac. Dazu gibt es auch keine Notwendigkeit. Aber diese Fragen zu benennen ist wichtig und notwendig. Nur so können wir erkennen, wo wir uns in der Kritik an der Aufhebung der Schuldenbremse für militärische Ausgaben einig sind – ungeachtet unserer sonstigen unterschiedlichen Einschätzungen.

Warum ist die Änderung im Grundgesetz falsch?

Militärische Ausgaben sollen von der Schuldenregelung ausgenommen werden, für Investitionen soll ein Sondervermögen bereitgestellt werden. Durch die Grundgesetzänderungen sind die Mittel für Militär unbegrenzt und ste-



Foto: Stephanie Handtmann

hen über allem. Und dies, ohne die Frage zu stellen, warum und wofür mehr Geld benötigt wird. Um Macht und Einfluss des Militärischen auszubauen? Um weltweit wirtschaftliche »Interessen« wie Rohstoffausbeutung abzusichern, oder für eine reine Verteidigung? Hinter der Entscheidung steht eine militaristische und keine verteidigungspolitische Logik. Sie bezieht diplomatische Verhandlungsstrategien entlang der Grundlagen des Völkerrechts nicht mit ein. Sie stellt auch nicht die Frage, welche Militärausgaben grundlegend falsch sind und abgeschafft werden müssen. Schon alleine deswegen sollten wir deutlich widersprechen.

Den Vorrang des Militärischen in das Grundgesetz zu schreiben ist eine gesellschaftliche Bankrotterklärung. Diese Entscheidung bindet nicht nur die neue Regierung, sie wird auch zukünftige Regierungen binden und einschränken. Die Option der militärischen Aufrüstung ist auch haushaltspolitisch die einfachste.

Zum Ausgleich soll gespart werden: im Sozialen, an Gesundheit und Bildung – an allem was für ein gutes Leben wichtig ist. Soziale Sicherheit ist keine Kategorie in der Sicherheitslogik dieser Bundesregierung. Aber auch der grüne baden-württembergische Ministerpräsident kommen-

tierte direkt nach der Abstimmung im Bundestag »alle müssen Opfer bringen«, und fordert dann einseitige Opfer von Arbeitnehmer*innen. Sie sollen auf Urlaub und Feiertage verzichten. Die Botschaft ist klar: Steuererleichterungen für die Reichen, und Zumutungen für die meisten anderen Menschen. Wir fordern dagegen eine konsequente Besteuerung von Überreichtum, wie sie Attac mit der Kampagne »Tax the Rich – Demokratie geht nur gerecht« anstrebt, um mit diesen Einnahmen vor allem das Soziale abzusichern.

Es wäre höchste Zeit gewesen, die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu nehmen, denn sie beschneidet die Gestaltungsspielräume der Parlamente. Mit der Entscheidung des Bundestages wurde diese Möglichkeit verspielt. Die Rechten haben kein Interesse mehr, sich auf eine solche Debatte einzulassen. Sie haben alles bekommen, was sie wollten.

Die Aufgabe bleibt: Wir müssen der militärischen Logik und der sozialen Ungleichheit entgegen-treten. Nur eine solidarische Gesellschaft kann sich gegen AfD und Faschismus behaupten.

Roland Süß engagiert sich in der Attac-Arbeitsgemeinschaft Welthandel und WTO.



Banner-Aktion des Bündnisses »Zusammen für Demokratie« vor der Frankfurter Paulskirche, Foto: Philip Eichler



Rückblick

10. Februar 2025

#DuEntscheidest: Eine Aktion des Bündnisses »Zusammen für Demokratie«

Das Bündnis »Zusammen für Demokratie« hängt im Vorfeld der Bundestagswahlen an Kirchen und Gewerkschaftshäusern, Vereinsgebäuden, sozialen Einrichtungen und vielen weiteren Orten Banner und Plakate mit Botschaften zu demokratischen Werten und gesellschaftlichem Zusammenhalt unter dem Motto #DuEntscheidest auf. Nationalistischer Populismus, das einfache »Wir gegen die«, spaltet global wie vor Ort. Ein kluger Diskurs kümmert sich stattdessen um das Miteinander und um globale wie soziale Gerechtigkeit. Lasst uns dieses Fundament für Demokratie stärken!

25. Februar 2025

Attac kritisiert Kahlschlag beim EU-Lieferkettengesetz

Geht es nach der EU-Kommission, dann werden europäische Unternehmen weniger als bisher geplant auf Menschenrechte und Umwelt in ihren Lieferketten achten müssen. Ein geleaktes Dokument zeigt, dass die EU-Kommission das EU-Lieferkettengesetz noch stärker als bisher abschwächen will. Die Pläne sind nichts anderes als ein Kahlschlag des EU-Lieferkettengesetzes. Unter dem Deckmantel des »Bürokratieabbaus« wollen Konzernlobbys Regulierungen für mehr Umweltschutz und die Einhaltung von Menschenrechten aushöhlen und abschaffen. Attac fordert die EU-Kommission und die deutsche Regierung auf, den Kahlschlag beim Lieferkettengesetz zu stoppen.

25. Februar 2025

CDU/CSU: Großangriff auf demokratische Zivilgesellschaft hat begonnen

Die Unionsfraktion stellt eine Kleine Anfrage mit dem Titel »Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen« an die Bundesregierung. In der Anfrage bezieht sich die Union zentral auf einen Artikel der Zeitung »Die Welt« mit dem Titel »NGOs: Der deutsche Deep State und seine gefährliche Macht«. Darin wirft die Zeitung aus dem Hause Springer zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich an den jüngsten Protesten gegen Rechtsextremismus beteiligt und dabei das von Friedrich Merz initiierte gemeinsame Votum der Union mit der AfD kritisiert haben, vor, Teil eines angeblichen »Staates im Staat« zu sein. Die Union greift in ihrer Anfrage dieses Narrativ prominent auf und behauptet, die Einmischung der betreffenden NGOs in die politische Meinungsbildung sei womöglich – so wörtlich – »ein Verstoß gegen die demokratische Grundordnung«. Diese Anfrage zeigt: Der zu befürchtende Großangriff auf die emanzipatorische Zivilgesellschaft unter einer Regierung Merz hat begonnen. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit und der Kampf gegen rechts sind der Union offensichtlich ein Dorn im Auge (siehe auch Seite 2).

8. März 2025

Gemeinsam für ein Ende der patriarchalen und kapitalistischen Unterdrückung!

Zum feministischen Kampf- und Streiktag am 8. März protestieren Feminist*innen weltweit auch dieses Jahr wieder gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen. Gewalt gegen FLINTA* (Frauen, Lesben, inter-, nicht-binäre, trans- und agender Personen sowie Menschen, die sich in keiner der Kategorien wiederfinden) ist eine der weltweit am meisten verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Gemeinsam kämpfen wir daher für ein Ende der patriarchalen und kapitalistischen Unterdrückung, gegen Krieg und Faschismus. Diese Kämpfe führen wir nicht

allein, sondern gemeinsam mit Frauen und queeren Menschen weltweit. Das gibt uns Kraft und Mut: Für eine Gesellschaft, in der Zeit für ein gutes Leben ist!

10. März 2025

Bezahlbare Mobilität für alle – Bus und Bahn jetzt zügig ausbauen!

Knapp zwei Jahre nach Einführung des Deutschlandtickets nutzen bereits 13,5 Millionen Fahrgäste das einfache und preiswerte Angebot für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Damit ist das Ticket ein Erfolgsmodell. Es entlastet die Menschen finanziell, baut Zugangshürden ab und fördert die dringend notwendige Mobilitätswende. Das Deutschlandticket kann aber nur erfolgreich bleiben, wenn Qualität, Angebot und Kapazitäten stimmen. Attac fordert deshalb mit dem Bündnis »ÖPNV braucht Zukunft« zu den Koalitionsverhandlungen ein besseres ÖPNV-Angebot, mehr Personal für Bus und Bahn und höhere Regionalisierungsmittel.

19. März 2025

Aufhebung der Schuldenbremse nicht mehr möglich

Der Bundestag beschließt mehrere Grundgesetzänderungen. Diese beinhalten drei weitreichende Änderungen: Militärische Ausgaben sollen von der Schuldenregelung ausgenommen werden, für Investitionen soll ein Sondervermögen bereitgestellt werden, und Länder sollen wieder einen Kreditspielraum erhalten. Faktisch wird dadurch eine Aufhebung der Schuldenbremse unmöglich gemacht. Den Vorrang des Militärischen in das Grundgesetz zu schreiben, ist eine gesellschaftliche Bankrotterklärung. Diese Entscheidung bindet nicht nur die neue Regierung, sie wird auch zukünftige Regierungen binden und einschränken. Es wäre



Attacies mit Tax the Rich-Banner am Bodensee,
Foto: Attac Singen-Radolfzell

höchste Zeit gewesen die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz zu entfernen, denn sie beschneidet die Gestaltungsspielräume der Parlamente. Wir müssen der militärischen Logik und der sozialen Ungleichheit entgegen-treten. Nur eine solidarische Gesellschaft kann sich gegen AfD und Faschismus behaupten.

25. März 2025

Letzte Hoffnung nicht zerstören – Aufnahmeprogramm Afghanistan retten!

Das geplante Ende des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan, wie im Sondierungspapier von CDU/CSU und SPD angekündigt, wäre ein massiver Rückschritt im Menschenrechtsschutz. Attac und weitere Organisationen fordern deshalb in einem dringenden Appell die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten auf, das Bundesaufnahmeprogramm nicht auslaufen zu lassen, sondern es wirksam umzusetzen und auszubauen. Das Aufnahmeprogramm zu stoppen, würde ein fatales Signal nach rechts senden: Eure Hetze wirkt. Stattdessen wäre es wichtig, gegen den Rechtsruck zu arbeiten und Menschenrechte zu stärken. Besonders für jene Aktivist*innen, die von den Taliban massiv bedroht werden, tragen wir Verantwortung. Es gilt, solidarisch zu sein und diejenigen zu schützen, die sich für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt haben.

3. April 2025

Raus aus der globalen Schuldenkrise

Eine hohe Verschuldung zwingt viele Staaten im Globalen Süden dazu, große Teile ihrer ohnehin schon geringen Staatseinnahmen für die Zahlung von Zinsen und Tilgungen an das Ausland zu verwenden. Dieses Geld wird jedoch dringend gebraucht, um Armutsbekämpfung, Bildung, das Gesundheitssystem und Nachhaltigkeitsprogramme zu finanzieren. Die Gläubi-

ger – ob Staaten oder private Finanzinstitute aus dem globalen Norden – dominieren die internationale Finanzarchitektur und setzen ihre Macht ein, um Rückzahlungen auch unter nicht mehr tragfähigen Bedingungen zu erzwingen. Attac fordert im Bündnis »Erlassjahr 2025« eine Streichung der Schulden ohne wirtschaftliche Auflagen sowie eine rechtsverbindliche Schuldenrahmenkonvention. Petition: erlassjahr2025.de/petition

4. April 2025

Zollkrieg oder Freihandel? Global gerecht!

Der drohende Zollkrieg zwischen den USA und dem Rest der Welt erschüttert die wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur zwischen Amerika und der EU. Klassische Ökonom*innen und Medien warnen vor steigenden Preisen in allen Ländern und einem globalen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Als Gegengift preisen sie den »freien« Handel. Für Attac ist uneingeschränkter Freihandel jedoch nicht die Alternative. Die Alternative heißt gerechter Welt-handel auf der Basis gemeinsam vereinbarter Regeln (siehe Seite 8).

12. April 2025

Gedenken an deutsche Kolonialverbrechen in Namibia

Am 12. April wird in Namibia an ein Massaker erinnert, das deutsche Truppen 1893 im Zuge eines Überfalls auf die zentralnamibische Siedlung Hornkranz begangen haben und das als Auftakt der deutschen Kolonialverbrechen in Namibia gilt. Jedes Jahr findet daher an diesem Tag ein Gedenkmarsch auf Shark Island (Haifischinsel) an der südlichen Küste Namibias statt, um den Opfern deutscher Kolonialverbrechen zu gedenken und an die Gräueltaten des ersten Völkermordes des 20. Jahrhunderts zu erinnern. Das Gedenken an diesem Ort

ist allerdings gefährdet durch die Pläne, den Hafen massiv auszubauen, damit in Zukunft von dort in Namibia produzierter »grüner Wasserstoff« – vor allem nach Deutschland – verschifft werden kann. Die Gedenkstätte könnte durch den Hafenausbaubau massiv und unwiderruflich beschädigt werden und ein angemessenes Gedenken wäre durch den Industrielärm unmöglich. Attac kritisiert die kolonialistischen Züge des Wasserstoffprojekts und legt im kommenden Halbjahr einen Arbeitsschwerpunkt auf die kritische Begleitung des Vorhabens. Eine Speakers-Tour namibischer Aktivist*innen Anfang Oktober durch acht deutsche Städte soll den Höhepunkt der Aktivitäten bilden.

Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- 26. Mai: Rojava/Kobane – Strukturen der Frauen(befreiung)
 - 23. Juni: Rente
 - Juli: Sommerpause
 - 25. August: IAA und Mobilitätswende
- Alle Informationen:
attac.de/webinare

Save the Dates

- Mai/Juni: Lesereise von Martyna Linartas zu ihrem neuen Buch »Unverdiente Ungleichheit«
- 14. bis 26. August: System Change Camp mit Beteiligung von Attac in Hessen
- 8. bis 14. September: Proteste gegen die IAA und Mobilitätswende-Camp mit Beteiligung von Attac in München

Weitere Informationen und genaue Termine:
attac.de/veranstaltungen

Für fairen Welthandel mit gemeinsamen Regeln

Zollkrieg oder Freihandel? Global gerecht!

»Die USA sind in Sachen Zölle völlig durchgedreht«, attestierte vor wenigen Wochen der ehemalige Direktor der Welthandelsorganisation (WTO), Pascal Lamy. Mit dieser Ansicht steht er nicht allein. Der Zollkrieg zwischen den USA und dem Rest der Welt erschüttert die wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur zwischen Amerika und der EU. Seit Trumps »Liberation Day« Anfang April intensiviert sich der Streit um Zölle auch zwischen den USA und China. Viele chinesische Waren sind in den USA bereits mit 145 Prozent Zöllen belegt, US-Importe nach China bekommen einen Aufschlag von 125 Prozent. Ein Ende der Zollspirale ist nicht in Sicht.

Klassische Ökonom*innen und Medien warnen vor steigenden Preisen in allen Ländern und einem globalen Rückgang des Wirtschaftswachstums. Als Gegengift preisen sie den »freien« Handel und damit verbundene multilaterale Freihandelsabkommen. Doch uneingeschränkter Freihandel ist keine Alternative – die Alternative heißt gerechter Welthandel auf der Basis gemeinsam vereinbarter Regeln.

Reiner »Frei«handel führt zu mehr Ungleichheit

In der öffentlichen Debatte wird meist ein künstlicher Gegensatz aufgebaut zwischen Protektionismus à la Trump und uneingeschränktem Freihandel. Dabei beruht beides auf dem Prinzip der Konkurrenz; es ändert sich nur, wer in erster Linie davon profitiert. Oder wie es die Alternative Nobelpreisträgerin Vandana Shiva formuliert: »Freihandel ist nicht Antiprotektionismus. Es ist der Protektionismus der Mächtigen.« Auch wenn Handelsabkommen ursprünglich Zölle senken sollten, untergraben sie inzwischen vor allem Standards, die auf demokratischem Wege mühsam errungen wurden – sei es im Bereich Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Menschen- und Arbeitsrechte oder Verbraucherschutz. Freihandel schützt vor allem Konzerninteressen, nicht die von Menschen und Umwelt.

Indem ökonomisch schwächere Länder in Freihandelsabkommen ihre Märkte öffnen müssen, sind sie dem Zugriff mächtiger wirtschaftlicher Akteure ausgesetzt. Statt also global die wirtschaftliche und soziale Lage anzugleichen, hat der sogenannte Freihandel vielfach zu einer Vertiefung von Ungleichheit geführt.



Foto: Sam MacCutchan / flickr CC BY-SA 2.0

Zölle können aber auch ein wichtiges Instrument für ärmere Länder sein. Oft ist es nötig, schwächere Märkte vorübergehend zu schützen, um die Wirtschaft eines solchen Landes auf stabile Beine zu stellen und seine wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken, statt Freihandelsabkommen zu vereinbaren, die letztlich immer den ökonomisch Stärkeren bevorzugen. Deshalb ist das Engagement gegen solche Abkommen ein zentrales Thema von Attac, sei es gegen das transatlantische Abkommen TTIP, das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada, oder aktuell das EU-Mercosur-Abkommen. Gemeinsam mit vielen Initiativen und Organisationen aus Lateinamerika und Europa wendet sich Attac gegen dessen Verabschiedung.

Wirtschaft und Handel sind kein Nullsummenspiel

Es ist Zeit, dass die aktuelle Diskussion »Protektionismus oder Freihandel?« erkannt wird als das, was sie ist: Eine Bestätigung, dass die Weltwirtschaft in erster Linie ungerecht organisiert ist. Dabei sind Wirtschaft und Handel kein Nullsummenspiel, bei dem nur einer gewinnen kann, sondern sie sind zum Vorteil aller Beteiligten gestaltbar. Bei den Industriestaaten muss die Erkenntnis reifen, dass das auf Konkur-

renz aufbauende Politik- und Wirtschaftsmodell gescheitert ist. Statt weiter auf einseitige Exportorientierung zu setzen, müssen sich auch die politischen Entscheider*innen in Deutschland für solche internationalen Regeln zur Handels- und Steuerpolitik einsetzen, die Entwicklungschancen für alle Menschen in allen Ländern bieten. Nach dem faktischen Scheitern der neoliberalen WTO gibt es eine Chance für einen Neuanfang – der könnte unter dem Dach der UNO geschehen und dabei zum Beispiel der UNCTAD, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, eine wesentliche Rolle übertragen.

Einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik erfordert ebenso der drohende Klimakollaps. Das profitorientierte Wachstumsdogma macht durch seinen rücksichtslosen Schadstoffausstoß den Planeten für Menschen auf Dauer unbewohnbar. Stattdessen brauchen wir einen radikalen sozial-ökologischen Umbau weltweit, der auf Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft aufbaut. Das bietet die Grundlage dafür, dass Menschen überall ein Leben in Würde führen können. Weder Protektionismus noch reiner Freihandel bringen uns dem näher.

Hanni Gramann ist aktiv in der Attac-Arbeitsgemeinschaft Welthandel und WTO.

Tax the Rich – Demokratie geht nur gerecht

Jetzt Petition unterzeichnen!



Foto: Attac Aalen

In Deutschland besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung ein Drittel des Vermögens. Die ärmere Hälfte hat zusammen nicht einmal zwei Prozent. Seit Jahrzehnten werden Kapitaleinkommen immer weniger, Arbeitseinkommen und Verbrauch immer stärker besteuert. Dadurch zahlen Überreiche im Verhältnis weit weniger Steuern als Normalverdienende. Überreichtum zerstört die soziale Grundlage einer

Demokratie und macht die Gesellschaft immer ungerechter. Deshalb hat Attac eine Petition eingereicht, die den Bundestag auffordert, die Vermögensteuer auf alle Vermögensarten wieder zu aktivieren. Damit würde ein weiterer Anstieg von Überreichtum gestoppt und Riesenvermögen abgeschmolzen.

Konkret sollen Vermögen über einem Freibetrag von einer Million Euro progressiv besteuert werden. Durch diesen hohen Freibetrag sind 99 Prozent der Menschen in Deutschland nicht von einer Vermögensteuer betroffen. Der Eingangsteuersatz soll ein Prozent betragen und schrittweise ansteigen: Über fünf Millionen auf zwei Prozent, über zehn Millionen auf fünf Prozent, über 20 Millionen auf zehn Prozent, über 200 Millionen auf 15 Prozent, und ab einer Milliarde auf 20 Prozent.

Ist eine Bundestagspetition erfolgreich, werden Vorschläge zur Gesetzgebung im Bundestag behandelt. Wenn also genug Menschen die Wiedereinführung der Vermögensteuer wollen,

muss sich der Bundestag damit befassen. Schon bei einer Unterstützung durch 30.000 Menschen müssen die so genannten »Petentinnen«, also in diesem Fall Attac, regelmäßig in öffentlichen Sitzungen des Petitionsausschusses gehört werden. Die Unterschriften können sowohl schriftlich als auch online gesammelt werden, und das muss im Zeitraum von sechs Wochen geschehen.

Wichtig zu wissen:

- Für eine Online-Unterschrift muss ein Account auf der Petitionsplattform des Bundestages eingerichtet werden. Das geht unkompliziert mit wenigen Klicks.
- Die Petition dürfen alle unterzeichnen, auch Menschen ohne deutschen Pass, ohne deutschen Wohnsitz und unter 18 Jahre.

Der Link zur Petition, mehr Informationen und auch Listen zum Selbstaussdrucken, um Unterschriften auf Papier zu sammeln, finden sich unter: attac.de/tax-the-rich

Attac auf der IAA 2025

Kleiner, weniger, langsamer! Das Auto ist das Problem



Foto: Attac

Attac wird sich auch dieses Jahr wieder mit Aktionen und Veranstaltungen am Protest gegen die Internationale Automobilausstellung vom 9. bis 14. September in München beteiligen. Grund gibt es reichlich: Deutschland reißt Jahr für Jahr die Klimaziele im Verkehr. Dafür darf weiter auf Autobahnen gerast werden. Der hiesige PKW-Bestand steigt unaufhörlich auf zuletzt fast 50 Millionen. Seit Jahren werden Neuwagen immer länger, breiter und schwerer. Rollende Straßen-

panzer versperren die Wege, stehlen Platz für Rad- und Fußverkehr, gefährden andere Verkehrsteilnehmer. Eine Minderheit nimmt sich Raum, der ihnen nicht gehört – auf Kosten der Allgemeinheit und des Klimas.

Egal, ob mit Verbrenner- oder E-Motoren, die schweren Blechkarossen verbrauchen riesige Mengen an Rohstoffen wie Aluminium, Eisen, Kupfer, Nickel. Verbrenner verschmutzen die Umwelt weiter mit CO₂ und anderen Schadstoffen. Dafür fahren E-Autos ein Drittel ihres Gewichtes mit Lithium-Ionen-Batterien mit sich herum und verbrauchen riesige Mengen an kostbarem elektrischen Strom, der besser für Wärmepumpen eingesetzt werden kann.

Doch freiwillig wird die Autoindustrie nichts verändern, denn Klimaneutralität ist ihr egal. Große Autos bringen mehr Profit; für die Industrie gibt es deshalb keinen Anreiz, kleine sparsame (E-)Autos zu bauen. Darum können wir privaten Konzernen nicht länger schwerwiegende Entscheidungen in Hinblick auf unsere Mobilität überlassen. Statt immer mehr und

größere Karossen für den Individualverkehr brauchen wir eine klimagerechte Mobilität für alle, gestützt auf öffentlichen Verkehr, der massiv ausgebaut werden muss. PKWs müssen drastisch reduziert werden auf weniger und kleinere E-Autos. Nur so kann der Mobilitätssektor zur Klimarettung beitragen!

Erste Schritte dahin sollten sein:

- Größen- und Leistungs- und Geschwindigkeitsbegrenzung von PKWs
- Kein Ausbau von Autobahnen und Fernstraßen
- Investitionen von mindestens 20 Milliarden Euro pro Jahr zur Verdoppelung des ÖPNV-Angebotes bis 2030
- Autofreie Innenstädte und eine Stadtplanung, die sich an den Bedürfnissen von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ausrichtet.

Mehr Infos zu den IAA-Protesten bald unter: attac.de/IAA-2025

Menschen in Attac

Engagement? Normalzustand!



Julia in Aktion für »Tax the Rich«, Foto: privat

Julia Elwing ist Lehrerin, 40, und seit vergangenem Herbst Mitglied im Koordinierungskreis. Sie ist an vielen Stellen in Attac aktiv, zur Zeit engagiert sie sich besonders in der Kampagne Tax the Rich, die mit einer Bundestagspetition in den Startlöchern steht. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, was es damit auf sich hat.

Julia, wie hat das bei dir angefangen mit dem politischen Engagement?

Gefühlt bin ich immer schon politisch aktiv, schon seit meiner Jugend, und ich bin auch kurz nach der Gründung von Attac schon in meine Regionalgruppe in Tübingen eingestiegen. Seit etwa fünf Jahren bin ich auch auf Bundesebene aktiv. Als Mitglied im Rat habe ich mich dann auch in die Moderationsgruppe zum Erneue-

rungsprozess eingebracht, aus der heraus in einem langwierigen, aber letztlich auch befriedigenden Prozess dann das neue Grundsatzpapier entstanden ist. Seit letztem Jahr bin ich jetzt auch im Koordinierungskreis, mit Schwerpunkt auf Kampagnen, im Augenblick vor allem Tax the Rich. Daneben bringe ich mich bei organisatorischen Dingen wie Finanzen oder der Organisation der Attac-Ratschläge ein.

Zum Veröffentlichungszeitpunkt dieser Ausgabe des Rundbriefs können unsere Leser*innen die Bundestagspetition zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer zeichnen. Was hat es damit auf sich?

Inhaltlicher Hintergrund ist unser Steuerpapier, das die Attac-AG Finanzmärkte und Steuern veröffentlicht hat. Das Papier enthält sehr weitgehende Vorschläge, wie man das Steuersystem und damit auch die Gesellschaft gerechter gestalten kann. Ein wesentlicher Aspekt fairer Besteuerung ist die große Erbschaften, aber eben auch großer Vermögen, weil es faktisch so ist, dass auf mittlere

Einkommen viel mehr Steuern anfallen. Arbeit ist stark besteuert, während Einkünfte aus Vermögen weniger besteuert werden. Dadurch werden sehr wenige sehr reiche Menschen systematisch immer reicher. Eine gute Möglichkeit, diese Schere wieder zu schließen, ist deshalb, auf große Vermögen eine Steuer zu erheben. Das muss als Substanzbesteuerung passieren: Die Steuer muss so hoch sein, dass sie nicht aus den Erträgen erwirtschaftet werden kann. Damit schmilzt man riesige Vermögen peu à peu ab und die Ungleichheit wird abgemildert.

Damit das passiert, haben wir jetzt eine Petition beim Bundestag eingereicht, die online wie offline gezeichnet werden kann. Wichtig zu wissen: Alle Menschen dürfen unterschreiben, unabhängig von Staatsangehörigkeit oder

Alter! Mit der Petition fordern wir die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer ab einem Freibetrag von einer Million Euro – etwa 99 Prozent der Menschen in Deutschland sind davon also gar nicht betroffen (mehr zur Petition auf Seite 9).

Gerade zu Zeiten, zu denen so ein großes Projekt umgesetzt werden will, kann politische Arbeit auch kräftezehrend sein. Was ist dein Antrieb, immer weiter dranzubleiben?

Schon als Kind war ich wütend über die Ungerechtigkeit der Welt. Für mich ist dagegen aktiv zu sein mit aller Kraft der einzige Weg, wie ich das gut verarbeiten kann. Deshalb mache ich das. Zu schimpfen und etwas ungerecht zu finden, dabei so privilegiert zu leben, dass man eigentlich etwas dagegen tun könnte, und das dann nicht zu tun – das kann ich nicht nachvollziehen. Sich zu engagieren sollte der Normalfall sein; ohne könnte ich nicht ruhig schlafen.

Daher hatte für mich immer eine hohe Priorität aktiv zu sein und dies auch über Lebensphasenwechsel, wie Berufseinstieg oder Familiengründung, zu bleiben. Gerade in der Phase mit Kindern und entsprechend viel Care-Arbeit passt Attac ziemlich gut, da sich viel bundesweiter Austausch online in klar definierten Zeitfenstern abspielt und die Präsenztermine planbar sind. Nach Anmeldung gibt es bei Ratschlägen eine sehr nette Kinderbetreuung.

Und was macht Engagement gerade bei Attac für dich besonders?

Das Erleben der Selbstwirksamkeit: Zu merken, man selbst macht einen Unterschied. Ich kann inzwischen auf einige Projekte zurückblicken, von denen ich weiß, dass ich an ihnen mitgearbeitet habe und teilweise maßgeblich beteiligt war. Das gibt einfach ein gutes Gefühl, sich auch in Ergebnissen abgebildet zu sehen.

Und dann ist Attac natürlich auch ein Ort mit guten Strukturen und sehr vielen inspirierenden und klugen Menschen, die einen auch sofort bis in die Bundesebene hinein auf- und ernst nehmen. Es ist sehr partizipativ und die Entscheidungsfindungen im Konsensprinzip sind zwar anstrengend, sorgen aber für einen intensiveren Austausch und ein Mitdenken auch anderer Positionen.

Tax the Rich – Demokratie geht nur gerecht!

Material zum Thema im Attac-Shop



Nicht nur zur von Attac initiierten Bundestagspetition für die Wiedereinführung der Vermögensteuer auf alle Vermögen (siehe Seite 9), sondern für alle Gelegenheiten, zu denen man für eine angemessene Besteuerung Überreicher Position beziehen möchte, gibt es im Attac-Shop viele Materialien und Hintergrundinformationen. Zum Beispiel:

- A2-Plakate und Buttons mit Kampagnenlogo und -slogan,
- Unterschriftenlisten, um auf der Straße und unter Freundinnen, Freunden, Bekannten oder Verwandten Unterzeichnungen für die Petition zu sammeln,
- Visitenkarten mit Link und QR-Code zur Petition, um sie zu verteilen,

- die Zeitungsbeilage »Superreiche gerecht besteuern! Sozialstaat, Daseinsvorsorge und Klimaschutz benötigen Geld – weltweit!«, die Attac gemeinsam mit weiteren Organisationen veröffentlicht hat und in der auf vier Zeitungsseiten Hintergrundinformationen zur Notwendigkeit einer gerechten Steuerpolitik zu finden sind.

Alle Materialien sind im Attac-Shop, online unter shop.attac.de oder auch telefonisch bestellbar unter 069-900 281-10.

Außerdem können bei Spreadshop unter attac.myspreadshop.de T-Shirts, Taschen und Hoodies in vielen verschiedenen Farben, Formen und Größen mit dem Kampagnenlogo bestellt werden. Gut aussehen und Haltung zeigen!

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Wenn der Wind rauer weht: Segel setzen!

Viele Nachrichten dieser Tage klingen zu absurd, um wahr zu sein – und sind es doch. In den USA werden geheime Kriegspläne in Chatgruppen besprochen, deren Zusammensetzung den Teilnehmer*innen offensichtlich gleichgültig ist. In Deutschland möchte ein CDU-Politiker gern das Informationsfreiheitsgesetz abschaffen – es war einfach lästig, dass unter anderem durch dieses Gesetz vor wenigen Jahren seine Lobby-Affäre aufgedeckt wurde. Und auch das Verbandsklagerecht für Klima- und Umweltschutz soll planiert werden: zu viel »Bürokratie«. Das erinnert beängstigend an die Auftritte von Elon Musk, der mit der Kettensäge der »Bürokratie« den Garaus machen will.

Es steht weltweit schlecht um Soziales, Gerechtigkeit, Klima- und Umweltschutz und um die

Demokratie – und auch schlecht um alle Vereine und NGOs, die sich für diese Themen stark machen. Die Kleine Anfrage der Union (siehe Seite 2) hat es schon vorweggenommen: Der Wind wird diesen Organisationen auch in Deutschland deutlich rauer ins Gesicht wehen in den kommenden Jahren.

Für uns bedeutet das: Segel setzen! Gerade jetzt ist es notwendig, als starke Zivilgesellschaft sichtbar zu werden, denn nur davon kann der Autoritarismus aufgehalten werden. Bewegungen in anderen Ländern machen da Hoffnung (siehe Seite 3). Unterstütze uns mit einer Spende dabei, die Zivilgesellschaft auch in Deutschland als Werkzeug gegen den Demokratieverlust zu stärken! Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit



Foto: ArchivTappen / flickr

dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max. 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2502

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE